

Was sagen Marburgerinnen zur „Stadtbild“-Debatte?

Die OP lässt Frauen aus dem öffentlichen Leben Marburgs zu Wort kommen

VON UNSEREN REDAKTEUREN

MARBURG. Nebulös, rassistisch, spalterisch, AfD-Sprache – die Kritik an der „Stadt-bild“-Aussage des Kanzlers war heftig. Friedrich Merz (CDU) hat seine Aussage jetzt konkretisiert. Deutschland brauche auch in Zukunft Einwanderung vor allem für den Arbeitsmarkt. Doch wer stört laut Merz das öffentliche Bild in deutschen Städten? Das seien Migranten ohne Aufenthaltsrecht und Arbeit, die sich nicht an die in Deutschland geltenden Regeln halten, sagt er. Und was sagen Marburgerinnen aus dem öffentlichen Leben zu der Debatte um das Stadtbild, die weiter die Menschen bewegt?

Mit deutlichen Worten und einem Aufruf zum gesellschaftlichen Zusammenhalt reagiert Marburgs Bürgermeisterin Nadine Bernshausen (Bündnis 90/Die Grünen) auf die jüngsten Aussagen von Bundeskanzler Friedrich Merz zum „Stadt-bild“ und seiner anschließenden Bemerkung „Fragen Sie Ihre Töchter“.

Marburgs Bürgermeisterin Nadine Bernshausen: „Herr Merz hat zunächst vom Stadt-

„

Sicherheit entsteht nicht durch Misstrauen, sondern durch Miteinander.

Nadine Bernshausen (Grüne)
Bürgermeisterin in Marburg



bild gesprochen – und dann nachgelegt mit den Worten: ‚Fragen Sie Ihre Töchter.‘ Wer so redet, schürt Ängste, statt Lösungen zu suchen. Natürlich sollten wir unsere Töchter fragen – aber wir sollten ihnen auch wirklich zuhören. Sie sprechen von Klimakrise, von Gleichberechtigung, von Gerechtigkeit und davon, in einer offenen, sicheren Gesellschaft leben zu wollen. Unsere Töchter – und nicht nur sie – reden auch von ungemütlichen, vernachlässigten, schmutzigen, zum Teil vermüllten Orten in unseren Städten – Angsträume, die nicht durch die Menschen, die sich dort aufhalten, sondern durch mangelhafte Stadtreinigung und fehlende Stadtplanung entstehen.

Das Problem ist auch nicht, dass unsere Städte vielfältiger werden. Ein Problem ist, wenn Vielfalt als Bedrohung dargestellt wird. Sicherheit entsteht nicht durch Misstrauen, sondern durch Miteinander. Marburg steht für ein Stadtbild, das Haltung zeigt: lebendig, respektvoll, zukunftsgerichtet. Wir wollen keine Politik, die spaltet, sondern eine, die verbindet – über Generationen, Herkunft und Lebensentwürfe hinweg. Genau das ist die Stadt, in der unsere Töchter und Söhne wirklich sicher aufwachsen können. Und wir wollen und sollen mit unseren jungen Menschen darüber reden, was wir tun sollten, damit sich möglichst alle wohl und sicher fühlen. In den Innenstädten wie auch in den Stadtteilen.“

Marie-Sophie Künkel (CDU-Mitglied des Landtags): „Bundeskanzler Friedrich Merz hat mit seiner Aussage einen Punkt in der Gesellschaft getroffen, der die Menschen bewegt. Dies stellen wir allein an der daraus folgenden Debatte fest. Mit seinem Statement hat er das ausgesprochen, was viele auf der Straße sehen und wahrnehmen. Ich denke, wir sind mittlerweile an einem Punkt angekommen, an dem unumstritten ist, dass es urbane Probleme und ‚Angsträume‘ gibt. Bereiche mit erhöhter Kriminalität, Unsicherheit oder sozialer Verunsicherung. Wir bräuchten keine Waffenverbotszonen oder sonstige Maßnahmen, wenn es diese Probleme nicht gäbe. Nicht nur Friedrich Merz spricht dies offen an. Polizeiarbeiter Heiko Tegatz sagte erst kürzlich in einem Interview, dass 40 Prozent aller Straftaten, die auf Gewalt oder Drohung gegen eine Person abzielen, von einer Personen-



Die Teilnehmerin einer Demonstration in Münster hält ein Schild mit der Aufschrift „SchMERZgrenze erreicht! Bestätigen alle Töchter“ bei der Protestaktionen nach den Aussagen von Bundeskanzler Merz zu Stadtbild und Migration. FOTO: ALEX TALASH

gruppe begangen werden, die lediglich 14 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Sicherlich gibt es Städte, in denen diese Probleme größer sind und Städte, in denen sie kleiner sind. Fakt ist aber, es gibt sie! Und nichts ist schlimmer, als ein offenkundiges Problem zu tabuisieren. Ganz persönlich fühle auch ich mich teilweise nicht mehr wirklich sicher in unseren Städten. Politisch versuchen wir mit aller Kraft, dieses Sicherheitsgefühl wieder zu stärken. Sind jedoch ganz konkret auf die Mitarbeit der politischen Vertreter und Entscheider vor Ort angewiesen. Wir brauchen keine Empörungskultur, sondern klare und sachliche Entscheidungen. Wir dürfen Menschen nicht pauschalisieren, aber genauso wenig sollten wir Friedrich Merz wegen dieser Aussage als Rassisten titulieren. Integration ist keine Einbahnstraße. Wer in



Deutschland lebt, sollte sich zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und auch unsere kulturellen Gepflogenheiten respektieren. Persönlich wünsche ich mir eine offenere und ehrlichere Debatte um diese Themen – ohne moralische Empörung.“

Carola Leichtweiß und Eva Lange, die beiden Intendantinnen des Hessischen Landestheaters Marburg (HLTM), sagten auf OP-Anfrage: „Wir erinnern herzlich, doch sehr dringlich an unser Grundgesetz Artikel 3, Absatz 3: ‚Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.‘ Aus tiefster demokratischer Überzeugung diesem Grundgesetz verpflichtet, empfehlen wir, dies einer Definition von Stadtbild zugrunde zu legen.“

Der Artikel zuvor verpflichtet den Staat, Gleichberechtigung durchzusetzen. Ausreichend Frauenhäuser, genügend gut aufgestellte Beratungsstellen für Opfer sexueller Übergriffe – die meistens im familiären Umfeld stattfinden –, gute Finanzierung kommunaler Gleichstellung – und Antidiskriminierungsstellen, Selbstbestimmung gesetzlich geregelt, ein Ende des Gender-

„

Es trifft mich tief, wenn ganze Gruppen unserer Bevölkerung pauschal zum Problem erklärt werden.

Kirsten Dinnebieer
Stadträtin

PayGap, gerechte Verteilung der Care-Arbeit, konsequente Strafverfolgung von Femiziden – das wünschen wir uns, erst recht von einem Bundeskanzler.“

Die Marburger Stadträtin Kirsten Dinnebieer reagierte auf die Merz-Aussagen mit den Worten: „Als Tochter, Mutter einer Tochter, überzeugte Demokratin und als Stadträtin war ich entsetzt über die Stadtbild- und Töchteraussage. Es trifft mich tief, wenn ganze Gruppen unserer Bevölkerung pauschal zum Problem erklärt werden. Das antwortet nicht auf Sorgen, sondern bedient den ‚Stammisch‘. Solche Aussagen reproduzieren überholte Klischees, fördern gesellschaftliche Spaltung und untergraben den notwendigen Diskurs über Integration und Vielfalt – und das auf dem Rücken von Menschen, die ohnehin schon mit Vorurteilen konfrontiert sind. Das betrifft auch Tausende Mitbürger*innen in Marburg und in



KOMMENTAR



VON SILKE PFEIFER-STERNE

Deutschlands Töchter sind wütend

Die jüngste Äußerung von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) über das „veränderte Stadtbild“ sorgt zu Recht für Kritik. Sie knüpft an stereotype Vorstellungen an und verlagert gesellschaftliche Probleme auf eine vermeintlich klar abgrenzbare Gruppe. Damit polarisiert der CDU-Vorsitzende, statt zur Versachlichung der Debatte beizutragen.

Gewalt gegen Frauen oder Unsicherheiten im öffentlichen Raum sind keine Fragen der Herkunft, sondern Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Problems – sie gehen von Männern aus, nicht von „Migrantengruppen“. Wenn Merz jedoch suggeriert, es handle sich vor allem um ein importiertes Phänomen, bedient er Narrative, die bislang vor allem von der AfD genutzt werden.

Junge Frauen melden sich zu Wort

Viele Menschen gehen auf die Straße, während sich in den sozialen Medien vor allem junge Frauen zu Wort melden – wütend, klar und unmissverständlich. Sie verleihen der Debatte Sichtbarkeit und Gewicht.

Im Übrigen erinnert die Wortwahl von Merz an gefährliche Sprachmuster aus der NS-Zeit. Der Begriff des „veränderten Stadtbilds“ weckt Assoziationen an frühere Rhetorik, mit der gezielt Feindbilder geschaffen wurden – ähnlich wie der Ausdruck „Lügenpresse“, den die AfD bewusst aus der NS-Propaganda übernommen hat. Schon die Verwendung solcher Begriffe ist politisch bedenklich und wirft Fragen nach dem Verantwortungsbewusstsein des Sprechers auf.

Solche Aussagen tragen nicht zur Lösung bei, sondern verschieben den Diskurs nach rechts. Wer politische Verantwortung trägt, sollte differenzieren, statt pauschalisieren – und an Lösungen arbeiten, nicht an Schlagzeilen.

meinem persönlichen Umfeld.

Niemand kann anhand der äußeren Erscheinung oder des Aussehens Rückschlüsse ziehen, wer zugewandert, wer hier geboren, wer hier sozialisiert ist, wer welche Staatsangehörigkeit oder welchen Aufenthaltsstatus hat. So werden Unsicherheiten und Ängste nicht bekämpft, sondern vergrößert. Wir sollten nicht in billige Kerben hauen, wenn Kriminalität, Gewalt und Ungerechtigkeit nicht leicht zu beseitigen sind. Und angesichts des Orange Day am 25. November: Die meiste Gewalt gegen Frauen und Töchter geschieht im häuslichen Umfeld.

KOMMENTAR



VON SVENJA KLEINSCHMIDT

Problem ist mangelnder Respekt

Das es die „Probleme im Stadtbild“, von denen unser Kanzler Merz spricht, tatsächlich gibt, steht nicht zur Diskussion. Doch liegt das Problem nicht bei Menschen mit Migrationshintergrund, sondern bei denjenigen, die nicht bereit sind, deutsche Gesetze und Regeln einzuhalten – unabhängig von ihrer Herkunft.

Statistisch nachgewiesen ist, dass weit mehr Gewaltverbrechen von Männern begangen werden, als von Frauen. Und trotzdem macht mir, wenn ich als junge Frau durch die Stadt laufe, nur eines Angst: Menschen.

Unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer Herkunft fürchte ich mich vor den Menschen, denen unsere Grundgesetze nichts wert sind.

Das Problem ist nicht das Aussehen, der Migrationshintergrund oder das Geschlecht eines Menschen, das Problem ist der mangelnde Respekt vor menschlicher Würde, Regeln und Gesetzen.

Blumen gießen statt Miete zahlen

Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ des Studierendenwerks verbindet Studierende mit Senioren

VON ANNA REICHLING

MARBURG. Einsamkeit und Wohnungsnot – zwei Probleme, die das Projekt „Wohnen für Hilfe“ versucht zu bekämpfen. Studierende, die über „Wohnen für Hilfe“ eine Wohnung finden, helfen ihren Vermietern für eine bestimmte Stundenanzahl im Alltag oder leisten ihnen Gesellschaft. Wie viel das genau ist, wird individuell vereinbart. Im Gegenzug dazu müssen sie außer den Nebenkosten wenig bis gar keine Miete zahlen.

Seit elf Jahren organisiert das Studierendenwerk in Kooperation mit der Freiwilligenagentur diese Wohnpartnerschaften. „Als Studierendenwerk ist es natürlich in erster Linie unser Interesse, die Studierenden zu unterstützen. Das kommt aber auch älteren Menschen zugute, die daran teilhaben“, sagt Franziska Busch vom Studierendenwerk. Doch nicht nur Senioren können an dem Projekt teilnehmen. Auch Familien, die sich Unterstützung bei der Kinderbetreuung wünschen, oder Menschen, die viel reisen und jemanden brauchen, der auf das Haustier aufpasst, können teilnehmen.

Medizinstudenten sind besonders beliebt

Vor der Corona-Pandemie wurden durch das Projekt jedes Jahr 15 bis 20 Partnerschaften vermittelt. Aufgrund der Corona-Pandemie musste das Projekt pausiert werden. Danach fehlte eine zuständige Person, sodass das Projekt nur eingeschränkt wiederaufgenommen werden konnte. Das ändert sich ab diesem Semester mit dem ehrenamtlichen Engagement von Benjamin Bastet.

Teilweise kollidieren die Vorstellungen der Vermieter und der Studierenden bei der Vermittlung erst mal. Franziska Busch sagt, dass sich Senioren oft eine ruhige Frau wünschen, die bereits länger studiert. Bei den suchenden Studierenden handelt es sich dagegen meist um Erstsemester, die gerne in Kneipen- und Uni-



Das Studierendenwerk setzt sich dafür ein, dass alle Studierende eine Unterkunft haben.

FOTO: THORSTEN RICHTER

Nähe wohnen würden. „Die meisten Hausbesitzer wohnen eher in den Randgebieten von Marburg. Man kann jetzt nicht unbedingt davon ausgehen, dass jemand im Südviertel ein Zimmer freihat“, sagt Bastet. Bei dem präferierten Studiengang stimmen Erwartungen und Realität hingegen oft überein. Senioren wünschen sich besonders oft Medizinstudierende als Mitbewohner, und tatsächlich bewerben sich diese auch sehr häufig.

Die Erfahrungen, die Busch die vergangenen Jahre gemacht hat, sind gemischt. „Es gab Fälle, da hat das wunderbar funktioniert. Da ist das ganz harmonisch gelaufen. Aber es

gab auch immer wieder Probleme.“ Wie in normalen Wohngemeinschaften kann es natürlich passieren, dass die Mitbewohner doch nicht wie gedacht harmonieren. Teilweise schaffen die Studierenden es dann doch nicht, neben dem Studium so viel Zeit für Hilfeleistungen aufzuwenden.

Gemeinsam statt einsam

Auch falsche Erwartungen von den Senioren seien ein Grund für Probleme beim Zusammenleben. „Man muss ganz klar sagen, dass die Studis keine Pflegeleistungen übernehmen können. Es geht um klassische

Haushilfetätigkeiten“, sagt Franziska Busch. Oftmals geht es aber auch primär um den sozialen Anschluss. Durch das unkonventionelle, gemeinsame Wohnen kann sozialer Isolation und Einsamkeit vorgebeugt werden.

Doch wie genau läuft die Vermittlung ab? Wer ein leeres Zimmer zur Verfügung hat, kann sich bei per E-Mail beim Studierendenwerk melden. Die existierenden Angebote werden dann auf den Social-Media-Kanälen des Studierendenwerks veröffentlicht. Die potenziellen Wohnpartner müssen dann jeweils einen Bewerbungsbogen ausfüllen, um zu schauen, wer zu wem passt.

Wenn dann auf dem Papier alles passt, wird in persönlichen Gesprächen geschaut, ob es auch menschlich harmoniert. „Gerade älteren Leuten fällt es manchmal schwer, wenn jemand Fremdes ins Haus kommt“, sagt Busch. Deswegen begleitet Benjamin Bastet den Prozess und unterstützt bei Schwierigkeiten.

☛ **Wer selber ein Zimmer** zur Verfügung stehen hat und sich über Unterstützung und Gemeinschaft freuen würde, findet im Internet weitere Informationen oder kann sich direkt per E-Mail an wfh@stw-mr.de bei Franziska Busch und Benjamin Bastet melden.

UMFRAGE

Was halten Sie von der Stadtbild-Aussage von Bundeskanzler Friedrich Merz?



Nele Sämer (19) studiert Soziologie und Erziehungs- und Bildungswissenschaften: „Ich finde Merz' Aussage höchst problematisch. Ich finde das absolut rassistisch und gar nicht in Ordnung. Rassismus mit Feminismus zu rechtfertigen, ist auch ganz schlimm. Und eigentlich selbst sexistische Aussagen zutätigen. Für mich sind das Problem eindeutig nicht Migrantinnen und Migranten, sondern Männer. Am Hauptbahnhof, am Wilhelmsplatz oder in Bars hatte ich schon unschöne Erfahrungen, aber da waren auch wieder Männer das Problem.“



Pheline Hein (21) studiert Soziologie und Gender Studies in Marburg: „Nicht, dass ich etwas Besseres von Merz erwartet hätte, aber nach der Kritik nochmal darauf zu bestehen – Ich bin einfach fassungslos. Also ich finde Marburg schon ganz süß und meistens fühle ich mich schon relativ sicher. Als Frau ist es natürlich, egal wo man ist, unheimlich. Das Problem sind aber auch nicht Männer mit Migrationshintergrund, sondern Männer – Punkt.“



Fabiana Balia (27) studiert Deutsch als Fremdsprache: „Also ich finde Merz' Aussage richtig dumm. Deutschland ist ein Einwanderungsland und da braucht man nicht davon reden, dass Menschen das Stadtbild stören. Ich fühle mich auf jeden Fall sicher in Marburg und habe mich auch in Deutschland noch nie unsicher gefühlt.“



Marlene Ewald (19) studiert Psychologie an der Philipps-Universität in Marburg: „Also ich finde es total problematisch und rassistisch auf jeden Fall und ich glaube, dass es größere Probleme gibt, die wir angehen müssen. Und ich finde eher, dass es die Bevölkerung bereichert, ein diverses Stadtbild zu haben. Ich bin erst seit zwei Wochen hier und fühle mich auch sicher.“



Lilly Hofmann (22) studiert Psychologie in Marburg: „Es ist total falsch, dass man Menschen nur anhand ihres Äußeren in Kategorien steckt. Und ich finde es dadurch auch eine total rassistische und unschöne Aussage. Ich fühle mich in Marburg auf jeden Fall sicher.“



Code scannen und das Video dazu auf dem Handy ansehen

Nach Einbruch: Kegelbahn im Bürgerhaus gesperrt

MARBURG-CAPPEL. Bei einem Einbruch im Bürgerhaus Cappel in der Goethestraße verursachten Einbrecher, laut Angaben der Polizei, einen Schaden in Höhe von knapp 4.000 Euro. Die Tat ereignete sich zwischen Montag, 20. Oktober, 18 Uhr, und Dienstag, 21. Oktober, 6.10 Uhr.

Peter Hesse, Ortsvorsteher von Cappel, teilt auf OP-Anfrage mit: „Die Vermietung der Kegelbahn ist erstmal nicht möglich.“ Denn bei dem Einbruch seien unter anderem die Münzautomaten der Kegelbahn aufgebrochen worden. „Die Münzautomaten müssen repariert werden“, sagt Hesse. Das könne drei bis vier Wochen dauern.

Schulbetrieb nicht betroffen

„Der Schulbetrieb ist weiterhin möglich“, ergänzt er. Auch können die Räumlichkeiten für Veranstaltungen weiterhin gemietet werden. In seinen rund zehn Jahren Amtszeit sei ein solcher Einbruch „Premiere“. Zudem prüfe er jetzt zusammen mit der Gebäudewirtschaft eine Anpassung des Sicherheitskonzepts. Er sagt, dass die Einbrecher ein Fenster der Herrentoilette eingeschlagen haben, um sich Zugang zu verschaffen. Im Bürgerhaus selbst wurden, neben den Münzautomaten, mehrere Türen aufgebrochen. Die Einbrecher haben, neben der Geldkassette der Kegelbahn, auch eine Geldkassette des Marburger Schwimmvereins aus der Hausmeisterwohnung entwendet. Zwischen 900 und 1.000 Euro erbeuteten die Einbrecher aus den Automaten der Kegelbahn. Welche Summe dem Marburger Schwimmverein gestohlen wurde, kann Hesse noch nicht sagen.

☛ **Laut Angaben der Polizei** sei ein Schaden von rund 4.000 Euro entstanden. Hinweise auf verdächtige Personen, Fahrzeuge sowie weitere Beobachtungen nimmt die Polizei Marburg unter 06421/4060 entgegen.



In das Cappeler Bürgerhaus wurde eingebrochen.
FOTO: THORSTEN RICHTER

Einbruch in Kita gescheitert

MARBURG. Unbekannte versuchten die Eingangstür sowie ein Fenster der Evangelischen Kindertagesstätte in der Berliner Straße aufzubrechen. Laut Polizei scheiterte der Einbruchversuch jedoch. Der Schaden wird auf knapp 400 Euro geschätzt. Die Tat ereignete sich demnach in der Zeit von Freitag, 17. Oktober, 17 Uhr bis Montag, 20. Oktober, 6.45 Uhr.

☛ **Hinweise** nimmt die Polizeistation in Marburg unter der Telefonnummer 064 21/40 60 entgegen.